



Nueva Nicaragua *Informe*

15. Jahrgang

Mai 2018

Nr. 157

Sozialversicherung, „weicher“ Putsch und Nationaler Dialog *Von Wolfgang Herrmann*



Am 18. Mai nahm der Tisch des Nationalen Dialogs unter Moderation der Bischöfe der katholischen Bischofskonferenz seine Arbeit auf. In einem ersten Punkt vereinbarten die Teilnehmer, alle Gewaltakte in Nicaragua zu beenden. An der ersten Sitzung des Tisches nahmen Vertreter der Regierung, der Privatunternehmer, der Studenten, der Universitäten, der Zivilgesellschaft, der Gewerkschaften, des ländlichen Bereichs, der evangelischen Kirchen sowie der indigenen und afrostämmigen Gemeinschaften teil.

Beim Thema der Gerechtigkeit wird die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte (CIDH) als Untersuchungsinstitution teilnehmen. Sie stellt die Aufklärung der Tatsachen und der Wahrheit als fundamentales Recht des Volkes in den Vordergrund.

In Vorbereitung des ersten Dialogtisches hatten die Bischöfe der Bischofskonferenz am 11. Mai einen Brief an die Teilnehmer geschickt. Darin fordern sie die sofortige Einstellung der Gewaltakte, die Verpflichtung aller Sektoren zum Waffenstillstand am 19. und 20. Mai sowie die Verpflichtung der Regierung, die Einsatzpolizei zurückzuziehen und die Gefangenen freizulassen. Am 21. Mai fand die zweite Sitzung des Tisches des Nationalen Dialogs statt. Sie beschloss, Verfahrensweisen zu schaffen, um die Vorschläge der CIDH in den Dialog, die sie beim Besuch Nicaraguas unterbreitete, in den Dialog einfließen zu lassen...

Ich konnte mir nicht vorstellen, dass ein Reformvorschlag der Ortega-Regierung eine solche Vorlage für ein solches Ausmaß an Protest und Gewalt liefern könnte. Die Reform des INSS war notwendig, seine Quellen sind am Versiegen. Das Rezept des IWF, das Rentenalter und die Eintrittswochen zu erhöhen sowie den Kriegsversehrten die Pensionen zu streichen, wollte die Regierung nicht anwenden. Sie hätte sich zurecht deren Ärger zugezogen. Sie ging deshalb den Weg, vor allem die Unternehmer und Besserverdienenden zur Kasse zu bitten. Diese schickten ihre studierenden Kinder auf die Straße. Hatte die Regierung nicht daran gedacht?

Im April-Informe hatte ich geschrieben, dass die Nicaraguanerinnen und Nicaraguaner noch nicht in einem Land leben, wo ständig Milch und Honig fließen. In der ersten Aprilhälfte war der Bericht der Zentralbank über die wirtschaftlichen Ergebnisse des Jahres 2017 veröffentlicht worden. Er fiel positiv aus. Es wurde vermeldet, dass die Preise des Grundwarenkorb im Wesentlichen stabil bleiben. Bei sieben Produkten sanken sie sogar, bei vier erhöhten sie sich leicht. Im Februar hatte das Meinungsinstitut M&S verkündet, dass die Zustimmung der Bevölkerung zur Regierung und Person Ortega bei 80 Prozent läge. Der Unternehmerverband COSEP zeigte sich angegan von der wirtschaftlichen Entwicklung und die Führung der katholischen Kirche ließ die Oster-Kreuzmärsche über die Straßen ziehen, um Frieden, Sicherheit und Wohlergehen für das Volk zu erbitten. Waren das Signale für einen „weichen“ Putsch?

Immer wieder habe ich mir in den vergangenen Wochen die Frage gestellt, wie diese Lage entstehen und eskalieren konnte. War sie tatsächlich nicht vor auszusehen?

Erstens:

Anlass der Mobilmachung der Protestierenden war die Verkündung der Reform der Sozialversicherung. Die Beitragserhöhungen der Sozialversicherung stören vor allem die Unternehmer. Die Arbeiter sollten 1,75 Prozent, die Arbeitgeber 22,5 Prozent mehr einzahlen. Bisher hatte die Regierung immer Erfolg damit gehabt, am Verhandlungstisch Regierung-Unternehmer-Gewerkschaften sozialökonomische Probleme zu beraten und zu lösen. Auf diese Weise hat sie den Mindestlohn, die Haushalte, die Zustimmung zu den sozialen Programmen usw. durchbekommen. Diesmal klappte das nicht. Die Unternehmer wollten die Reform der Sozialversicherung mit einer Steuerreform verbinden. Das lehnten Regierung und Gewerkschaften ab. Die Unternehmer verließen die Verhandlungen. Die Regierung schien sich in der Logik zu bewegen, allein mit dem Problem fertig zu werden und ausreichende Unterstützung bei den sandinistischen Gewerkschaften und der Sandinistischen Jugend zu erhalten.

Im April-Info übernahm ich die Information über die erste öffentliche Demonstration der „wahren Opposition“ mit acht Personen von Edwin Sanchez. Sie Information endete mit den Sätzen: „Das Jahr begann für sie in einem öden Klima. Das wird wohl so bleiben.“ Es blieb nicht so. Zwei Wochen später tobte die Gewalt durch die Straßen.

Beobachter wunderte, dass vor allem Jugendliche und Studenten auf die Straßen gingen. Sie gingen davon aus, dass die Reformen die Älteren betreffen, diese aber relativ ruhig blieben. Ich meine, dass es sich bei der Mehrzahl der protestierenden Studenten um die Kinder der Familien der Unternehmer und Besserverdienenden handelte, denn diese hatten Grund dafür. Das Zentrum der Proteste war die Polytechnische Universität (UPOLI) in Managua. Dort studiert vor allem der bürgerliche Unternehmernachwuchs. In der Vergangenheit gab es Proteste der vom Projekt des Nicaraguakanals betroffenen Bauern. Jetzt gingen sie wieder auf die Straßen, um zu protestieren – nicht gegen den Kanal, auch nicht gegen die Reform der Sozialversicherung. Sie protestierten gegen die Regierung.

Das Internationale Sekretariat der FSLN erklärte in einem Dokument, dass keine politische, soziale oder gewerkschaftliche Organisation die Führung der Proteste für sich in Anspruch nahm... „Trotz des offensichtlichen Fehlens einer Führung der Proteste fällt auf, dass es eine perfekte Koordination, synchronisierte und gleichartige Aktionen überall gab, als ob schon etwas vorbereitet war, bereit, aktiviert zu werden, wenn die Bedingungen stimmen.“ In der Bewegung „Breite Front für Demokratie“ der Sandinistischen Erneuerer (FAD-MRS) sind Leute tätig, die Erfahrungen mit den Kampfformen, die bei

der Protestwelle zur Anwendung kamen, aus der Zeit des Befreiungskampfes gegen Somoza haben. Die FAD-MRS half auf dem Campus der UPOLI die Studentenbewegung 19. April aus der Taufe zu heben. Es wird einen triftigen Grund gegeben haben, warum der Ex-Comandante der historischen Nationalleitung der FSLN Victor Tirado die MRS verließ und sich mit Daniel Ortega aussöhnte. In einem Interview mit dem mexikanischen Fernsehsender *Univision* äußerte ein weiterer Ex-Comandante der historischen Nationalleitung der FSLN Bayardo Arce, der Daniel Ortega in Wirtschaftsfragen berät, dass die Regierung von den Ereignissen überrascht worden wäre und deshalb falsch reagiert und die Kontrolle verloren habe.

Ich gehe heute davon aus, dass die Regierung davon überzeugt war, dass ihr erfolgreiches Verhandlungsmodell Regierung-COSEP-Gewerkschaften eine dauerhafte Lösung darstellte. Hat sie nicht mehr damit gerechnet, dass COSEP rückfällig werden könnte? Bekanntlich ist man hinterher immer klüger. Bestimmt wäre es nützlich gewesen, wenn die Regierung über die FSLN, die Gewerkschaften und die Sandinistische Jugend das Reformprojekt vorher in den Barrios diskutiert hätte.

Zweitens:

Bilder der Gewalt sind allgegenwärtig: Sie waren es in Afghanistan, Jugoslawien, Irak und Syrien, beim „Frühling“ in Tunesien, Libyen und im Jemen, auf dem Maidan in Kiew, in Venezuela und in Honduras. Sie waren es, als die Polizei beim G-20-Gipfel in Hamburg in Aktion trat. In Nicaragua konnte ich mir solche Bilder nicht vorstellen. Das Land galt als sicher.

Bei den Präsidentschaftswahlen 2016 erreichte Daniel Ortega vom Bündnis „Unida Nicaragua triunfa“ unter Führung der FSLN 72,44 Prozent der Stimmen. Die Wahlteilnahme betrug 68,2 Prozent. Das heißt, die Hälfte der Wählerinnen und Wähler Nicaraguas entschieden sich nicht für Ortega. Ich kann nicht einschätzen, wieviel Frustrationspotenzial bei dieser Hälfte liegt. Es wird aber welches geben, das beweisen die Ereignisse der letzten Wochen. Experten haben immer eingeschätzt, dass die nicaraguanische Opposition, die als sehr zerstritten gilt, gegen die FSLN fast keine Chancen hätte. Die Erfahrungen der Bevölkerung mit den liberalen Parteien, die in den 16 Jahren Neoliberalismus nach 1990 das Sagen hatten, sind bei vielen noch zu frisch. Wenn die Hälfte der Bevölkerung nach einer Alternative jenseits der FSLN und der zerstrittenen Opposition sucht, dann finden sie diese bei neuen politischen Kräften. Es scheint so, als würden sich heute die Partei CxL und die FAD-MRS als solche anbieten.

Die FAD-MRS entwickelte besonderen Eifer, als es darum ging, die USA-Administration um Hilfe zu bitten. Diese schickte die Organisation Amerikanischer Staaten ins Rennen und den Gesetzentwurf Nica Act in Szene.

Linke in der Bundesrepublik Deutschland sympathisieren mit der FAD-MRS. Die ist aber nicht links, sondern rechts zu orten. Im Beitrag „NO PASARÀN! von Carlos Fonseca Terán (Seite 8) wird anschaulich beschrieben, zu welcher politischen Farbe die Erneuerer gehören. Ich glaube Carlos Fonseca Terán.

Im Sommer 2016 trafen sich die Ex-Präsidenten Kolumbiens Andrés Pastrana Arango, Mexicos Vicente Fox, Spaniens José María Aznar, Costa Ricas Laura Chinchilla, Boliviens Jorge Quiroga und Uruguays sowie der Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten (OEA) Luis Almagro auf dem Campus der Universität „Wolfson del Miami Dade College“ in Miami zu einem Forum über die Demokratie in Lateinamerika. Auf diesem Forum wurde unter anderem Nicaragua vorgeführt. Von „furchtbar komplizierter Lage“, „höchst gewalttätige Selbstüberhöhung des Despotismus vermischt mit Vetternwirtschaft“, „so, wie in Venezuela erlischt auch in Nicaragua die Demokratie“, „einer unternehmerischen Autokratie, schlimmer als die von Somoza“, „Gauern und Schurken“ war die Rede.

Drittens:

Unter der Regierung Daniel Ortegas wurde Beachtliches für die Bekämpfung der Armut getan, doch nach wie vor gehört Nicaragua zusammen mit Honduras zu den Armenhäusern Mittelamerikas. Nach offiziellen Angaben ist die allgemeine Armut zwischen 2009 und 2014 von 42,5 Prozent auf 29,6 Prozent um 12,9 Punkte gesunken. Zwei Jahre später, 2016, ist der Abbau der allgemeinen Armut auf 24,9 Prozent und der extremen Armut auf 6,9 Prozent gelungen, insbesondere mit einer 10prozentigen Reduzierung der ländlichen Armut. Auch die Beseitigung des Analphabetismus, die Förderung des sozialen Wohnungsbaus, das öffentliche Bildungssystem, die Programme „Null Hunger“ und „Null Wucher“ gehören zu den Errungenschaften des Sandinismus. Sind das Fehler der sandinistischen Regierung gewesen?

Die sozialpolitischen Programme der sandinistischen Regierung wurden zunächst durch den Beitritt Nicaraguas zu ALBA und PETROCARIBE möglich. Die Gegenseite sprach von den „venezolanischen Öl-Dollars. Die Zusammenarbeit in ALBA und PETROCARIBE ist aber ins Stocken gekommen. Die Situation in Venezuela wirkt sich offensichtlich nachteilig auf diese Bündnisse. Das Öl fließt nicht mehr so gut, wie zur Zeit ihrer Gründung.

Viertens:

Am 7. Mai 2018 schlug US-Vizepräsident Mike Pence auf einer Beratung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) vor, lieber radikal reinen Tisch zu machen und zwar mit einem Schlag „Nicaragua, Kuba und Venezuela zu befreien“. Pence forderte Staaten der OAS auf, Venezuela aus der Organisation auszuschließen, weil die Regierung von Nicolás Maduro das Land in eine „Diktatur“ verwandelt hat. Er kündigte neue Sanktionen gegen Funktionäre der venezolanischen Führung an.

Wie zu erwarten, beeilte sich die Mehrheit der westlichen Medien, über Ortega den bereits gegenüber Venezuelas Nicolás Maduro ausgesprochenen politischen Fluch des „Diktators“ zu verhängen und im selben Atemzug das „Ende des Sandinismus“ zu prophezeien. Im Beitrag „Der Plan des weichen Putschs erreichte Nicaragua“ (Seite 16) meinte *Resumen Latinoamericano*, dass das Modell der venezolanischen Straßenschlachten als Kopie bei den nicaraguanischen Protesten angewandt wurde. Die gleichen Elemente: Studenten, Sektoren der Mittelschicht und ein Teil der Kirche. Und nur ein Streit reicht aus, um die von einer großen Mehrheit gewählten Regierung in Bedrängnis zu bringen.

Die FAD-MRS und die Partei CxL werden von ihren oppositionellen Nichtregierungsorganisationen und ihren Medien unterstützt, um einen weiteren Schritt des „weichen“ Putschs zu inszenieren. Sie sehen darin eine Möglichkeit, auf die sie seit einigen Jahren gewartet haben. Und diese bot sich ihnen mit der Ankündigung der Reformen der Sozialversicherung. Die sozialen Netze riefen zur Einnahme Managuas, eines Platzes, eines Rondells oder einer Universität auf.

Das Handbuch des ultrarechten nordamerikanischen Politologen Gene Sharp über den „weichen“ oder „milden“ Putsch kam in Nicaragua zur Anwendung. Das Marketing des Imperialismus ging davon aus, dass der Antisandinismus reagiert und mit Gewaltaktionen, die mit dem zivilen Ungehorsam beginnen, einen „unblutigen“ Staatsstreich möglich macht. (Beitrag „Oppositionsgruppen inszenierten ‚weichen‘ Putsch“, *Resumen Latinoamericano*, Seite 17)

Sogar bürgerliche Medien geben zu, dass die US-Geheimdienste bei der Unterstützung der Revolten ihre Finger im Spiel haben. Die sandinistische Führung war und ist der US-Administration ein Dorn im Auge. Das bolivari-sche Venezuela solidarisierte sich mit dem sandinistischen Nicaragua. Es hat im nicht geschadet, wie die Wiederwahl Nicolas Maduros zum Präsidenten beweist.

Vor 30 Jahren

Damals ging das letzte Jahr meiner fast vierjährigen Beratertätigkeit in Nicaragua zu Ende. Zu meinem Abschiedstreffen kamen neben 120 Sandinistinnen und Sandinisten die Mitglieder der Nationalleitung der FSLN, die Comandantes Bayardo Arce und Víctor Tirado. Nach den verloren gegangenen Wahlen von 1990 blieben die beiden Comandantes zunächst in der Führung der FSLN. Auch nach dem 1. Kongress im Mai 1991, auf dem sich die FSLN als Partei gründete, blieben sie im Nationalrat der FSLN. Nach 1995 trennten sich ihre Wege. Arce blieb der Ortega-Mannschaft treu, während es Tirado zur Sandinistischen Erneuerungsbewegung (MRS) von Sergio Ramírez hinzog. Víctor Tirado gehörte später zu den erbitterten Gegnern Ortegas. Jetzt haben sie sich versöhnt. Auf der FSLN-Demonstration am 9. Mai 2018 traten sie gemeinsam auf.

Vor 30 Jahren war der mittelamerikanische Friedensprozess mit Escipulas II im Gange und die Nationalleitung der FSLN hatte sich mit der politischen Contra-Führung in Sapoa getroffen. Wenige Monate später gab die Nationalleitung dem Druck der Verhandlungsgegenseite nach und zog die Präsidentschaftswahlen auf Anfang 1990 vor. Damals sagte Daniel Ortega zu Oscar Arias, Präsident von Costa Rica und einer der Initiatoren von Escipulas II: „Wenn wir jetzt Wahlen machen, verlieren wir sie.“ Arias antwortet ihm: „Wenn ihr jetzt keine Wahlen macht, verliert ihr alles. Die nächsten Wahlen könnt ihr aber schon wieder gewinnen.“

Bei den Verhandlungen von Sapoa moderierten auf Bitten Daniel Ortegas Kardinal Obando y Bravo, Ex-Vorsitzender der katholischen Bischofskonferenz Nicaraguas, der Brasilianer João Baena Soares, Ex-Vorsitzender der Organisation Amerikanischer Staaten und der Westdeutsche Hans-Jürgen Wischniewski, der die Sozialistische Internationale vertrat.

Wir wissen, wie der Prozess zu Ende ging. Die Allianz der Nationalen Einheit aus 17 oder 18 Parteien mit der Spitzenkandidatin Violeta Chamorro gewann 1990 die Wahlen. Geschichte muss sich nicht wiederholen.

Aus Moskau: Unterstützung des Dialogs in Nicaragua

Quelle: tortilla con sal, 12.05.2018

Eine Delegation der Regierung Nicaraguas und der FSLN nahm an der Internationalen Wissenschaftlich-Praktischen Konferenz „Das Kapital von Karl Marx und sein Einfluss auf die Entwicklung der Welt“ teil.

Die Konferenz fand am 11. und 12. Mai 2018 in Moskau statt. Sie wurde von der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation organisiert. Sie nahm eine Resolution zur Unterstützung des Dialogs in Nicaragua an.



Der nicaraguanischen Delegation gehörten Compañero Carlos Midence, Botschafter Nicaraguas in Spanien, Schriftsteller, Intellektueller, Akademiker und Compañera Alba Azucena Torres, Botschaftsrat Nicaraguas in der Russischen Föderation, Poetin, Schriftstellerin, an.

NO PASARÀN!

Carlos Fonseca Terán, Barometro Internacional, 8. Mai 2018

Veröffentlicht bei tortilla con sal

Jetzt ist Nicaragua an der Reihe. Ein Land mit beneidenswerter Stabilität in einer instabilen Region und das nach schmutzigen Kriegen; mit einem Wirtschaftswachstum von circa fünf Prozent in den letzten zehn Jahren; mit hohen Werten der Bürgersicherheit und laut Angaben des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (PNUD) eins der lateinamerikanischen Länder mit der größten Verminderung der Armut und der sozialen Ungleichheit

im gleichen Zeitabschnitt oder seitdem der Sandinismus an die Macht zurückkehrte.

In weniger als einer Woche verbrannte das Land buchstäblich. Der Auslöser war eine Reform der Sozialversicherung, die bereits rückgängig gemacht wurde. Sie bestand darin, die Beiträge der Arbeiter leicht und die der Unternehmer im größeren Maße anzuheben. Für die Rentner sollten sie stabil bleiben. Eine andere Maßnahme bestand darin, dass diejenigen, die höhere Löhne als die bemessene Größe haben, ihre Beiträge dem entsprechen, was sie brutto verdienen und nicht, wie bisher, bis zu einer bestimmten Höhe. Diese letzte Maßnahme hatte zum Ziel, die Möglichkeiten der Unternehmer zu unterbinden, die Sozialversicherung auszutrocknen, indem sie angeblich hohe Belastungen angeben, um dann der Sozialversicherung die entsprechenden Gewinne vorzuenthalten.

Aber das Ziel der Gesamtheit der vorgesehenen Maßnahmen bestand darin, die finanzielle Krise des Nicaraguanischen Instituts (INSS) zu lösen und gleichzeitig das höhere positive Salto der Sozialversicherung und den größeren Umfang der Leistungen an die Arbeiter zu gewährleisten. Das war die Alternative, die durch die Regierung gefunden wurde, um nicht den Vorschlag des IWF anwenden zu müssen. Dieser bestand darin, das Rentenalter und die Anzahl der dafür erforderlichen Wochen zu erhöhen sowie die Pensionen für die Kriegsveteranen und die reduzierte Rente für diejenigen, die beim Eintritt ins Rentenalter nicht die erforderlichen Wochen erreichten, zu streichen. Diese guten Regelungen waren durch den Sandinismus eingeführt worden, kurz nachdem er 2007 an die Regierung zurückkehrte.

Wie wir sehen können, waren die durch die Regierung angenommenen Maßnahmen weniger nachteilig für die Arbeiter als die durch den FMI vorgeschlagenen. Letztere waren aber von den Privatunternehmern unterstützt worden. Sie demonstrierten damit, dass sie gegen die durch die Regierung angenommene Reform waren und die dann zurückgenommen wurden. Ihre Ablehnung war normal, denn die Unternehmer und die Besserverdienenden waren die von der Regierungsreform am meisten Betroffenen.

Deshalb war es auch nicht außergewöhnlich, dass weder die Gewerkschaften, noch die Arbeiter auf die Straßen gingen, um zu protestieren, mit Ausnahme der Angestellten der großen Privatbetriebe, die natürlich nicht gewerkschaftlich organisiert sind und die sich verpflichtet fühlen, für ihre Herrschaften, die dem Obersten Rat der Privatunternehmen (COSEP) angehörenden Unternehmer, zu marschieren. Aber die Protagonisten waren ver-

schiedene Gruppen von Universitätsstudenten, vor allem von einigen Privatuniversitäten, die öffentliche Unterstützungen erhalten, um den Zugang der Jugendlichen mit knappen finanziellen Mitteln zu den Universitäten zu erleichtern. Die Proteste begannen mit kleinen Streiks, organisiert von Jugendlichen der gehobenen Mittelschicht und der Oberschicht und gingen zu diesen Aktivitäten gegen die sandinistische Regierung über, die sich dann wiederholten.

Die Variante war diesmal, die Auseinandersetzungen zwischen ihnen und den sandinistischen Jugendlichen aus den gewöhnlichen Barrios, die von der Rechten „Turbas“ (Mobs) genannt werden, zu provozieren. Diese Variante erzeugte ein Gefühl der Solidarität bei einem großen Teil der Universitätsstudenten. Der Protest eskalierte. Sie errichteten Barrikaden auf öffentlichen Wegen und eröffneten das Feuer aus Jagdwaffen auf die Polizei, die die Wege wieder freimachen wollte.

Es entstand der allgemeine Eindruck, dass die Reform die Arbeiter und die Rentner belastet und es als Gegenleistung keinen Prozess der Diskussion und Annahme der Maßnahmen gab. Das führte dazu, dass sich keine potenziellen Verteidiger der Reform fanden. Sie waren zum großen Teil nicht motiviert, um das zu tun. Das wiederum war ein maßgeblicher Faktor für die späte Antwort des politisch organisierten Sandinismus in den Barrios und in den staatlichen Institutionen sowie der dem Sandinismus verwandten sozialen Bewegung.

Diese anfängliche Passivität motivierte teilweise auch die Teilnahme der Studenten- und Jugendgruppen an den Protesten, die, allgemein betrachtet, die Forderungen verteidigen wollten, die sie als gerecht ansahen, aber die nun durch die Gewaltausbrüche zu einer größeren Gefahr wurden. Diese Gewalt hätte es vor dem Wechselspiel der Kräfte nie gegeben, wenn der erforderliche Nationale Dialog für das Betrachten dieses Themas oder anderer Themen, eingerichtet worden wäre. Das Wechselspiel der Kräfte ist genau genommen und ironischer Weise, das Ergebnis der Proteste.

Die Konfrontation steigerte sich derart, dass die Lage für die staatlichen Verantwortlichen außer Kontrolle geriet. Die Auseinandersetzungen zwischen den Verleumdern und Verteidigern nahmen Gestalt an. Sie waren nicht mehr gegen die Reform des INSS gerichtet, sondern gegen die sandinistische Regierung, die in den letzten acht Jahren auf die Unterstützung des Volkes von unverändert mehr als 60 Prozent rechnen konnte. Das Säbelrasseln der Konfrontation wurde durch Kriegswaffen ergänzt. Dadurch gab es bedauer-

licherweise Tote und Verletzte auf der einen oder anderen Seite, einschließlich der Polizei. In den Händen der gegen die Autoritäten auftretenden Gruppen befanden sich bereits tödliche Waffen. Auf gleiche Weise nahmen im Verlauf der folgenden zwei Tage das in Brand Setzen von Gebäuden, die Attacken auf Institutionen und die Plünderungen der privaten Geschäfte, vor allem der Supermärkte, Gestalt an. Offensichtlich griff die Anti-Regierungsseite fast alles an.

Präsident Daniel Ortega richtete sich im Verlauf der zwei Tage der schwersten Ausschreitungen als erstes an die Nation, um zum Dialog aufzufordern und dann, um die Reform zurückzunehmen, die Auslöser der Proteste war. Auf Bitte der beiden Gegensektoren, akzeptierte die Bischofskonferenz der katholischen Kirche, Vermittler im Dialog zu sein, obwohl sich einige Bischöfe offen gegen die Regierung erklärt hatten.

Die Lage beruhigte sich, als der Präsident erklärte, dass die Reform der Sozialversicherung zurückgenommen und nach anderen Optionen im Nationalen Dialog gesucht wird. Daraufhin setzten kleine politisierte Gruppen die Proteste fort, lehnten den Dialog ab und forderten den Rücktritt des Präsidenten. Über die durch sie kontrollierten Medien hetzten sie fortwährend zur Gewalt auf. Über die Medien verbreiteten sie falsche Zahlen über die Anzahl der bei den Protesten ums Leben Gekommenen. Sie schlossen Tote ein, die nichts mit den Ausschreitungen zu tun hatten. Die Kriminellen nutzten die Lage, um die Autoritäten der öffentlichen Ordnung anzugreifen. Einige Fälle der Zusammenstöße unter den verschiedenen kriminellen Gruppen konnten im Territorium kontrolliert werden. Dabei kamen aber ebenfalls Menschen ums Leben. Das heißt aber nicht, dass sich die Gewaltlage verlängerte. Solche Gruppen haben in Nicaragua nicht annähernd die organisatorische und operative Fähigkeit der „Mara“-Gruppen, die charakteristisch für die drei nördlichen Nachbarländer Guatemala, El Salvador und Honduras sind.

Zurzeit untersucht die Generalstaatsanwaltschaft der Republik die Tatsachen, um formal Anklage gegen die Personen zu erheben, die verantwortlich für die Toten sind. Auf Initiative der sandinistischen Fraktion der Nationalversammlung wurde eine Kommission der Wahrheit gebildet. Ihr gehören im Land angesehene Persönlichkeiten an, die nichts mit dem Konflikt zu tun hatten. Jedoch hat sich in der allgemeinen Wahrnehmung sowohl innerhalb und außerhalb Nicaraguas der Mythos eingenistet, dass es ein durch die Polizei verübtes Studentenmassaker gab, was absolut falsch ist.

Es ist gut möglich, dass sowohl die Reformen als auch die Methode ihrer Ankündigung nicht die besten Ideen waren. Aber wir dürfen nicht negieren,

dass mit ihnen versucht wurde, die Politik zu bremsen, die durch den IWF mit Unterstützung der Privatunternehmen dem Land aufgezwungen werden sollte. Genau deshalb unterstützten die Privatunternehmen nicht die Reformen der Regierung, sondern die Proteste. Außerdem begannen sie, für ihre Teilnahme am Dialog Bedingungen zu stellen. Dieses Verhalten führte zu einer zeitweiligen Unterbrechung des Konsensverfahrens, das einmal mit der Teilnahme der Regierung, der Gewerkschaften und dem Privatsektor eingerichtet worden war, um Dinge wie die Erhöhung des Mindestlohnes, die Steuerpolitik und weitere Aspekte des Wirtschafts- und Arbeitslebens des Landes zu beraten und zu bestimmen.

Beachtenswert ist, dass die gesteigerte Gewalt gleichermaßen in verschiedenen wichtigen Städten des Landes auftrat und dass sie überall dort, wo sie auftrat, mit den gleichen Methoden entwickelt wurde. Auch die Ausführung und das Format der Destabilisierung ähneln denen, die der Imperialismus in den arabischen Ländern anwandte. Es ist merkwürdig, Ileana Ross-Lethinen (sie gehört zu den Initiatoren des gegen die sandinistische Regierung gerichteten Gesetzes Nica Act) und die ganze nordamerikanische und lateinamerikanische ultrarechte Fauna als Jemanden zu sehen, der etwas unterstützt, das den Anschein erweckt, ein sozialer Protest gegen eine neoliberale Politik zu sein.

Trotzdem ist es faszinierend zu sehen, wie einige selbsternannte Oppositionelle der Linken die Reihen gegen den Sandinismus als die Wurzel des Geschehens schließen. Sie beschuldigen die nicaraguanische Regierung und Präsident Daniel Ortega, die revolutionären Prinzipien verlassen zu haben und präsentieren sich als die wahren Sandinisten, als die Erneuerer, die den Sozialismus und den Antiimperialismus ablehnten als die Sowjetunion zusammenbrach und die sich schuldig machten, vor geraumer Zeit zu den reaktionärsten Zirkeln des nordamerikanischen Kongresses zu eilen, um ihn zu bitten, Nicaragua mit Wirtschaftssanktionen zu belegen.

Sie werfen der sandinistischen Regierung und der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN) vor, von Korrupten geleitet zu werden. Und sie sprechen vom Entstehen einer sandinistischen Bourgeoisie. Merkwürdigerweise jedoch war die aktuelle sandinistische Bourgeoisie genau diejenige, die die FSLN verließ und die Sandinistische Erneuerungsbewegung (MRS) gründete. In diese nahmen sie in der Mitte der 1990er Jahre die Mehrheit derjenigen auf, die höchste politische und Regierungsämter der Sandinistischen Revolution in der Dekade der 1980er Jahre innehatten. Als der Sandinismus die Macht verlor, war es dieser Zirkel, der sich unerlaubt die öffentlichen Güter aneignete und sich mit der regierenden Rechten verbündete.

Heute setzen sie das fort, indem sie die reaktionärsten Kandidaten der Rechten bei Wahlen unterstützen. Sie attackierte jedoch die FSLN wegen der Verhandlungen, die diese mit einem Flügel der Rechten in der Zeit, als die FSLN Opposition war, führte. Das war damals die einzige Möglichkeit, die Richter und Staatsanwälte nach den gebotenen Bedingungen zu wählen, die von den gleichen Erneuerern hinter dem Rücken des Volkes und im Bündnis mit dem anderen Flügel der Rechten befördert wurden. Aber sie verheimlichten die Tatsache, dass die FSLN niemals bei Wahlen in Bündnisse mit einem der beiden Flügel der Rechten in Nicaragua eintrat. Die MRS hat sich mit der Oligarchie verbündet, nicht mit der plebejischen Bourgeoisie. Mit der kam Jahre zuvor die FSLN zu Abkommen, ohne die der Sandinismus nicht wieder an die Macht zurückgekehrt wäre. Diese Abkommen wurden zwar im Inneren der FSLN kritisiert. Obwohl wir kritisierten, ließen wir die FSLN und ihre Kandidaten bei den folgenden Wahlen nicht im Stich.

Kein Bourgeois wurde bei den Demonstrationen des Sandinismus zur Verteidigung der Revolution gesehen. Im Gegenteil! Bei den Demonstrationen der Rechten wurde die enthusiastische Anwesenheit der nicaraguanischen Bourgeoisie notiert: unverwechselbar in allen Teilen wegen ihrer guten Markenkleidung, ihrer Halstücher und Hüte, ihrer Autos mit verdunkelten Scheiben, ihrer raffinierten Manieren und im Falle Lateinamerikas ihrer weißen Haut, vererbt von den Kolonialisatoren, die mit der Ausbeutung unserer ursprünglichen Völker die Grundlage für ihr mit dem Indigenen-Blut und dem Schweiß der Sklaven getränktes Glück legten. Sie begründeten ihr glückliches Dasein mit der Ausbeutung der Arbeiter und Bauern, die dann in Nicaragua mit Sandino die Frente aus der Taufe hoben. Und zwar für immer und zur Verwunderung der Völker der ganzen Welt.

Wir treten den inneren und äußeren Unterdrückern ohnegleichen mutig entgegen. Wir sind auch jetzt bereit, die revolutionären Errungenschaften zu verteidigen, die wir mit dem Opfer von mehr als 80.000 Nicaraguanern, die im Befreiungskrieg gegen den Somozismus und im Krieg der 1980er Jahre zur Verteidigung der Sandinistischen Revolution gefallen sind, erreicht haben. Diese Sandinistische Revolution entgegnet heute wie gestern den Imperialismus und seine Lakaien: NO PASARÁN!

Carlos Fonseca Terán ist Mitglied der FSLN und Sohn ihres Gründers Comandante Carlos Fonseca.

Lektionen, die nicht vergessen werden dürfen

Alberto Corona, 21.04.2018

Der Autor ist Korrespondent der Lateinamerikanischen Nachrichtenagentur Prensa Latina in Managua

Managua, 21. April 2018 (PL) Nicaragua weiß sehr wohl, was einen gewalt-samen Konflikt unter Brüdern bedeutet. Jahre des blutigen Krieges haben Lehren vermittelt, die einige vergessen zu haben scheinen. Die Mehrheit kann sich gut daran erinnern, dass nur der Frieden Wohlstand bringt.

In den letzten Tagen ist das Land in eine Gewaltspirale verwickelt worden, die weit davon entfernt ist, ob eine Reform der Sozialversicherung durch das Volk akzeptiert oder abgelehnt wird. Die Vandalen Akte, die in der Haupt-stadt und weiteren Städten des Landes stattfinden, scheinen wohl mehr dazu bestimmt zu sein, Unruhe und Terror auf den Straßen zu stiften. Dort haben bisher zehn Menschen ihr Leben verloren.

Der Dialog, das Bündnis und der Konsens sind die Praktiken, die von der sandinistischen Regierung an allen möglichen Stellen geschaffen wurden, seitdem Daniel Ortega 2007 die Wahlen gewann. Als Resultat dessen sind die erlangten Errungenschaften für das Land in all seinen Ordnungen, einschließlich die Einbeziehung und die Teilnahme vieler ehemals vernachlässigter Bereiche offensichtlich. Und der Kampf gegen die Armut ist eine der Prioritäten in einer der Nationen in der Hemisphäre, die gerade am meisten von dieser Geißel betroffen ist.

Wirtschaftswachstum, Ausdehnung der Märkte, positive Kennziffern im Bildungs- und Gesundheitswesen, Energieentwicklung, atemberaubender Fortschritt in der Infrastruktur und im Tourismus, soziale, kulturelle und umweltmäßige Fortschritte, alles das sind durch internationale Organisationen anerkannte Tatsachen.

Diejenigen, die heute Bilder der Plünderung, der Brände von Einrichtungen, Stein- und Stockwürfe beobachten, mögen denken, dass das Chaos die hervor-stechende Note sei. Aber es ist weit entfernt von der Realität. Schluss mit der Prüfung der Statistiken. Nicaragua ist eins der sichersten Länder der Welt. In diesem Kontext treten Fragen auf wie: Wem nutzt die Gewalt und wer fördert sie? Woher rühren so viel Hass und Wut unter Brüdern? Was ist das Ziel des Chaos, eine Reform zu bekämpfen oder das sozialistische, christliche und solidarische Projekt?

Das sind unter anderem Fragen, die nur die Nicaraguaner sich selbst beantworten können. Das Land wünscht den Frieden, daran gibt es keinen Zweifel. Die Aufrufe an die Vernunft und zum Dialog erfolgen seitens bestimmter Bereiche und Akteure der Gesellschaft ständig.

Was geschieht unter diesen Umständen? Das Land hat noch viele Ziele und Aufgaben zu erfüllen. Nicht alle gehen konform mit den festgelegten Maßnahmen der Regierung. Aber dafür gibt es die Stellen des Dialogs. Ob sie nützen oder nicht, steht auf einem anderen Blatt. Ein ums andere Mal hat die Regierung auf ihnen beharrt. Der Konsens und das öffentlich-private Bündnis sind die Schlüssel, um die guten Ergebnisse zu erreichen, die Nicaragua heute nach Meinung von Beobachtern, eigenen und ausländischen Experten vorweisen kann.

Diese Vision und die politische Strategie des langen Atems erlaubt es nach Meinung von darauf spezialisierten Institutionen, dass im Land in den folgenden sieben Jahren das Bruttoinlandprodukts nachhaltig um fünf Prozent wachsen wird. Gleichzeitig sind viele Ressourcen, die für die wirtschaftlichen und sozialen Programme bestimmt sind und mit denen die Armut für viele Menschen beseitigt werden soll, nicht einfach zu erlangen. Diese Programme stehen in Übereinstimmung mit den Haushaltsplänen der Nation. Sie sind von den Parteien erstellt worden, die sich dieser Aufgabe widmen.

Andererseits ist das Investitionsklima günstig. Das anerkennen auch die Privatbetriebe. Während der Konsum wächst, gewinnen die Verkäufe ins Ausland immer mehr Räume. Letztendlich hat das Ansehen des Landes verschiedene Sprossen erklommen, die durch eine gemeinschaftliche Arbeit der unterschiedlichen Bereiche abgesteckt waren. Ein weiteres Mal bestätigen die offiziellen Statistiken die Darstellung.

Trotzdem! Am Rande einer Reform der Sozialversicherung, ob vorteilhaft oder begrenzt, haben bestimmte Gruppen beschlossen, in konfrontativer Laune auf die Straßen zu gehen. Wohin wollen sie das Land führen?

„Es gibt Lehren, die die Nicaraguaner nicht vergessen dürfen“, sagte ein Mann, der sein Brot als Wachmann einer Privatimmobilie verdient und der seinen Namen nicht nennen wollte, zu unserem Reporter. Vielleicht denken viele weitere Bürger so, ohne ihren Namen oder Ideologie zu nennen.

Der Plan des „weichen Putschs“ erreichte Nicaragua *Resumen Latinoamericano, 21. April 2018*



Das Modell der venezolanischen Straßenschlachten wurde als Kopie bei den nicaraguanischen Protesten angewandt. Die gleichen Elemente: Studenten, Sektoren der Mittelschicht und ein Teil der Kirche, der das unterstützt und fördert. Und nur ein Streit reicht aus, um die von einer großen Mehrheit gewählte Regierung in Bedrängnis zu bringen. Der Putsch, der von den USA in Zusammenarbeit mit den herrschenden Medien initiiert wurde, kam in Gang und verursachte Tote.

Wie in Venezuela unterstützt ein Teil der Kirche die Straßenschlachten. Etwa zwanzig Priester, angeführt von Kardinal Leopoldo Brenes und vom Weihbischof Managua Silvio Báez, pilgerten an diesem Sonnabend zur hauptstädtischen Kathedrale, um die Studenten zu unterstützen, die in Ablehnung der Reformen der Sozialversicherung protestieren.

„Ich möchte euch im Namen der Kirche danken, denn ihr seid die moralische Reserve, die wir haben“, sagte Báez vor den applaudierenden Studenten.

Oppositionsgruppen inszenierten „weichen“ Putsch

Zonafrank, Resumen Latinoamericano, 20. April 2018



Die Sandinistische Erneuerungsbewegung (MRS) und andere Rechtsparteien werden von ihren oppositionellen Nichtregierungsorganisationen und ihren Medien unterstützt, um am Mittwoch (18. April) einen weiteren Schritt des „weichen“ Putschs zu inszenieren. Sie sehen darin eine Möglichkeit, auf die sie seit einigen Jahren gewartet haben. Und diese bot sich ihnen mit der Ankündigung der Reformen der Sozialversicherung.

Es kam nicht überraschend, was da passierte. Auch nicht die Aufrufe, die in den sozialen Netzen zur Einnahme Managuas, eines Platzes, eines Rondells oder einer Universität erschienen waren. Das Handbuch des „weichen“ oder „milden“ Putsches kam in Nicaragua zur Anwendung in der Erwartung, dass der Antisandinismus reagiert und mit Gewaltaktionen einen „unblutigen“ Staatsstreich möglich macht; nach Meinung des Marketings des Imperialismus. In Übereinstimmung mit dem Handbuch des ultrarechten nordamerikanischen Politologen Gene Sharp wird angestrebt, mit einer Serie von Aktionen des zivilen Ungehorsams zu beginnen.

Sharp präzisiert, dass „die Leiter machtlos sind, wenn das Subjekt den Regierungen nicht gehorcht. Das sind die Waffen, die in der Gegenwart ange-

wendet werden können, um Regierungen zu stürzen, ohne zu den konventionellen Waffen zu greifen“. Diese Partie spielen Sharp und die Anwender, die seine „neuartigen“ Ideen wie einen Köder für die Naiven auswerfen. So viel ist sicher, kein „milder“ Staatsstreich war unblutig gewesen. Und wir kennen die Ergebnisse der grausamen Massaker des famosen „arabischen Frühlings“ oder der „farbigen Revolutionen“ in Osteuropa.

In Venezuela schlug der Versuch fehl. Deshalb richtet das Imperium heute seine Kanonenboote auf das Volk Bolivars. Trotzdem verschmäht Sharp diese Methoden, weil für ihn der „Nahkampf“ seine Wirkungslosigkeit in Afghanistan und im Irak demonstrierte und wie es heute in Syrien und im Jemen passiert. Außerdem sind diese Methoden wegen der immensen Ausgaben für Bewaffnung und Mobilisierung sehr kostspielig. Die schuldlosen Toten werden nicht beachtet. Schon deshalb sind die zivilen Opfer für die Yankee-Politiker „Kollateralschäden“ ohne Bedeutung.

Für Sharp und seine Gefolgsleute beginnen der „weiche“ Putsch und die „farbige Revolution“ oder wie sie sonst noch genannt werden, mit der Schwächung der Regierung bis sie zum Zusammenbruch der Institutionen führt. Es ist ein großartiges Abkommen, in das die fortschrittlichen Regierungen mit fünf erstrangigen Schritten eintreten sollen:

Der erste ist, gewaltlose Aktionen anzutreiben, mit dem Ziel, ein Klima des Unbehagens in der Gesellschaft zu schaffen und zu befördern. Hier überwiegen tägliche Korruptionsvorwürfe, Förderung von Intrigen und/oder die Verbreitung falscher Gerüchte, die sofort über die sozialen Netze und die ihnen nahestehenden Medien in „gesicherte“ verwandelt werden. In unserem Falle sind das *La Prensa*, *Radio Corporación*, *Confidencial* und weitere Programme von Carlos Fernando Chamorro Barrios.

Und weil wir gerade über die rechten Medien sprechen; der zweite Schritt besteht darin, intensive Kampagnen zur „Verteidigung der Pressefreiheit und der Menschenrechte“ zu entwickeln, die von Anschuldigungen des Totalitarismus gegen die amtierende Regierung begleitet werden.

Der dritte Schritt ist im aktiven Kampf für die politische und soziale Rückbesinnung (Fall INSS) und in der Manipulation des Kollektivs zu sehen, um dann Demonstrationen und Gewaltproteste, die die Institutionen angreifen, zu organisieren.

Beim vierten Schritt führen die Oppositionellen und ihre Medien Operationen des psychologischen Krieges und der Destabilisierung der Regierung durch und versuchen damit, ein Klima der „Unregierbarkeit“ zu schaffen.

Ist alles Vorhergegangene erfüllt, kommt der fünfte Schritt mit dem Ziel, den Rücktritt des amtierenden Präsidenten mittels Straßenrevolten zu erzwingen, um dann die Institutionen zu kontrollieren, während der Druck der Straße aufrecht erhalten wird. Parallel dazu wird das Terrain für eine militärische Intervention vorbereitet, während ein langwieriger Bürgerkrieg entwickelt und die internationale Isolierung des Landes angestrebt werden.

Wie es scheint, ist es in Nicaragua der MRS, ihren Nichtregierungsorganisationen und Sprachrohren gelungen, das Handbuch von Gene Sharp anzuwenden. Sie gehen dazu über, ein gewaltiges Desaster auf Grund einer schnellen Reaktion der Bevölkerung, besonders der Jugend, anzurichten.

In den sozialen Netzen, *La Prensa* und *Confidencial* wurde der verächtliche Blick auf die Jungs („Turbas“) gerichtet, die verhindert haben, dass die Anführer der MRS sich einen „Kopf am Strand“ machten, um von dort aus den Nachschub an finsternen Mächten der nordamerikanischen Regierung zu erbitten. Die oppositionellen Protestierenden zu opfern, das ist eine Spezialität der Medien der Rechten in den milden Staatstreichen...

Wir bedauern aufrichtig das, was passierte. In Nicaragua darf kein weiteres Blut auf Grund politischer Motivationen fließen, Die MRS und ihre oppositionellen Nichtregierungsorganisationen, *La Prensa*, *Confidencial* und weitere müssen ihre ungebremsten Bestrebungen, die Macht des Sandinismus zu begraben, zügeln. Die Zivillinie ist der Weg, Aber vorher müssen sie lernen, den Willen des Volkes zu akzeptieren.

Inhalt:

Sozialversicherung, „weicher“ Putsch und Nationaler Dialog	1
Aus Moskau: Unterstützung des Dialogs in Nicaragua	7
NO PASARÁN!	8
Lektionen, die nicht vergessen werden dürfen	14
Der Plan des „weichen Putschs“ erreichte Nicaragua	16
Oppositionsgruppen inszenierten „weichen“ Putsch	17

Erster Redaktionsschluss: 9. Mai 2018

Zweiter Redaktionsschluss: 22. Mai 2018

Impressum:

Herausgeber: Wolfgang Herrmann (V.i.S.d.P)
Dreesch 18, 17291 Grünow
Telefon 039857-139003
Email: ing-herrmann@online.de

Internet: www.nuevanicaragua.de